S 32 KA 922/02

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht Sachgebiet Vertragsarztangelegenheiten

Abteilung 12 Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 32 KA 922/02 Datum 11.12.2002

2. Instanz

Aktenzeichen L 12 KA 40/03 Datum 07.07.2004

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung der KlĤgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts München vom 11. Dezember 2002 wird zurückgewiesen.
- II. Die Kläger hat dem Beklagten die auÃ∏ergerichtlichen Kosten im Berufungsverfahren zu erstatten sowie die Kosten des Berufungsverfahrens zu tragen.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die KlĤgerin, eine approbierte Diplompsychologin, begehrt die bedarfsunabhĤngige Zulassung zur vertragspsychotherapeutischen Versorgung der Versicherten der Gesetzlichen Krankenversiche- rung (GKV) an ihrem Praxissitz in V â□¦ Nach Erhalt der Genehmigung zur Ausýbung der Heilkunde nach dem Heilpraktiker- gesetz am 19. August 1994 hat sie nach eigenen Angaben in der genannten Praxis in der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1994 75 Stunden Behandlungstätigkeit zu Lasten der GKV zurýck- gelegt. Die Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK) hat 25 Stunden bestätigt. Von Januar 1995 bis September 1997 hat die Klägerin als klinische Psychologin im University of M. Teaching Hospital und im M. & S. Pain Center in S. , England, gearbeitet. Danach

kehrte sie nach Deutschland zurück und war von November 1997 bis Dezember 1998 in einer Klinik in Bad E. in Vollzeit angestellt. Mit Schreiben vom 22. Dezember 1998 bestätigte die Beigeladene zu 1) der Klägerin, dass sie die Voraussetzungen zur Teilnahme am Delegationsverfahren besitze und teilte ihr eine Abrechnungsnummer zu.

Am 28. Dezember 1998 hat die Klägerin die bedarfsunabhängige Zulassung in V. , R.gasse , beantragt. Diesen An- trag lehnte der Zulassungsausschuss mit Bescheid vom 22. März 1999 ab, weil die Klägerin in der Zeit vom 25. Juni 1994 bis 24. Juni 1997 nicht mindestens 250 Behandlungsstunden in einem zusammenhängenden Zeitraum von höchstens zwölf Monaten zu Las- ten der GKV Krankenversicherung erbracht habe. Vielmehr habe sie maximal 25 Behandlungsstunden nachgewiesen, die nicht als besitzstandsbegründend im Sinne von § 95 Abs.10 Satz 1 Nr.3 Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V) angesehen werden könnten.

Gegen diesen Bescheid hat die Klägerin Widerspruch eingelegt unter anderem mit der Begrþndung, in § 95 Abs.10 SGB V werde fþr eine bedarfsunabhängige Zulassung eine Teilnahme an der Versorgung der Versicherten der GKV im Zeitfenster verlangt. Ein bestimmter Umfang sei nicht gefordert. Eine Teilnahme liege schon bei nur einer Stunde im Dreijahreszeitraum vor. Sie ver- wies auf Art.12 Grundgesetz (GG) und führte weiter aus, am Pra- xissitz der Klägerin herrsche eine massive Unterversorgung. Die gut eingeführte Praxis sei für ein funktionierendes Gesund- heitssystem von groÃ∏er Wichtigkeit. Durch die Versagung der Zu- lassung wäre die Klägerin massiv in ihrer Existenz bedroht. Sie sei allein erziehende Mutter zweier Kinder und bestreite seit September 1998 ihren Lebensunterhalt ausschlieÃ∏lich durch die Einnahmen aus der Tätigkeit in eigener Praxis. Der Zulassungs- ausschuss habe zu Unrecht die Versorgung von gesetzlich Versi- cherten in England durch die Klägerin nicht berücksichtigt. Es dürfe ihr nicht zum Nachteil gereichen, dass sie zu Ausbil- dungszwecken im europäischen Ausland tätig war. Dies wäre ein VerstoÃ∏ gegen EG-Recht.

Der Beklagte hat den Widerspruch mit Bescheid vom 26. MĤrz 2002 zurückgewiesen. Die Klägerin habe im Zeitfenster nur in der Zeit vom 25. Juni 1994 bis 31. Dezember 1994 an der Versorgung der Versicherten der GKV in freier Praxis teilgenommen. Mit 75 Behandlungsstunden in diesem Zeitraum habe sie den vom Bundessozialgericht (BSG) in seinem Urteil vom 8. November 2000 (Az.: B 6 KA 52/00 R) fþr erforderlich gehaltenen Mindestumfang nicht erreicht. Ein VerstoÃ[] gegen EU-Recht sei nicht ersichtlich. Das Prinzip des freien Dienstleistungsverkehrs oder der Niederlassungsfreiheit sei nicht verletzt. Die Klägerin sei während ihres Aufenthaltes in England vom 1. Januar 1995 bis 24. Juni 1997 in einer Klinik angestellt und damit abhängig beschäftigt gewesen. Sie werde vom Gesetz nicht anders behandelt, als in Deutschland während des Zeitfensters in einer Klinik beschäftigte Angestellte.

In der dagegen eingelegten Berufung wurde die Argumentation des Widerspruchsverfahrens und des Klageverfahrens weiter verfolgt. Auà erdem wurde vorgetragen, in England gebe es eine groà ge- setzliche Versicherung, die NHS, und daneben nur eine verschwindend geringe Zahl von Privatbehandlungen. Die Klägerin sei mit der Versorgung der Versicherten der NHS betraut gewesen. Angesichts der nicht vorhandenen näheren gesetzlichen Beschränkung sei im Lichte des Art.12 GG eine groà zügige Interpretation des § 95 Abs.10 SGB V erforderlich. Die Klägerin habe von August 1994 bis Dezember 1994 in eigener Praxis bereits einen erheblichen Patientenstamm aufgebaut. Sie sei nur mangels Zulassung nach England gegangen. Ihre Familie und ihr Wohnhaus befänden sich in V â lach ein Versorgungsbedarf gegeben. Die nächsten Psychotherapeuten seien in W., das 40 km entfernt und nur unter schwierigen Straà en- und Verkehrsverhältnissen zu erreichen sei.

Die Kl \tilde{A} ¤gerin beantragt, den Beklagten unter Ab \tilde{A} ¤nderung des Urteils des Sozialge- richts M \tilde{A} ¼nchen vom 11. Dezember 2002 und Aufhebung des Bescheides vom 26. M \tilde{A} ¤rz 2002 zu verurteilen, sie f \tilde{A} ¼r den Pra- xissitz V. , R.gasse , bedarfsunabh \tilde{A} ¤ngig zur vertragspsychotherapeutischen Behandlung zuzulassen, hilfsweise, den Beklagten unter Aufhebung des Bescheides zur erneuten Verbescheidung zu verurteilen unter Ber \tilde{A} ½cksichtigung der Rechtsauffassung des Gerichts.

Die Beigeladenen zu 1), 2), 4) und 5) beantragen, die Berufung zurļckzuweisen.

Die Beigeladene zu 1) hat ausgeführt, unabhängig von der Frage, ob die Tätigkeit der Klägerin in England einer eigenverantwort- lichen, mindestumfänglichen Behandlung von Versicherten der GKV in einem anerkannten Behandlungsverfahren in niedergelassener Praxis gleichkomme, sei festzustellen, dass bei der Klägerin eine unbillige Härte nicht vorliege. Sie habe im maÃ□geblichen Zeitfenster keine schützenswerte Praxissubstanz in V. aufgebaut. Sie sei nach eigenen Angaben nur vom 1. September 1994 bis 31. Dezember 1994 dort in eigener Praxis psychothera- peutisch tätig gewesen und habe nur 25 Behandlungsstunden in einem anerkannten Behandlungsverfahren für Versicherte der GKV nachgewiesen. Damit fehle es an dem vom BSG geforderten Behandlungsumfang. Erst nach vier Jahren sei sie im Dezember 1998 wieder in V. psychotherapeutisch tätig geworden. Sie könne sich nicht darauf berufen, dass nach dieser langen Zeit noch schützenswerte Praxissubstanz, herrührend aus einer viermonatigen Tätigkeit im Jahre 1994, vorhanden gewesen sei.

Mit Bescheid des Beklagten vom 30. Juli 2002 wurde der KlĤgerin eine Sonderbedarfszulassung als Psychologische Psychotherapeu- tin f¹⁄₄r den Praxissitz V. , R.gasse , beschrĤnkt auf die Versorgung von Patienten des Altlandkreises V. , erteilt.

Dem Senat liegen die Akten des Zulassungsausschusses, des Be- klagten, des Sozialgerichts $M\tilde{A}^{1}_{4}$ nchen mit dem Az.: <u>S 32 KA 922/02</u> und die Berufungsakte mit dem Az.: <u>L 12 KA 40/03</u> vor, auf deren Inhalt erg \tilde{A} ¤nzend Bezug genommen wird.

Entscheidungsgründe:

Die gemäÃ∏ <u>§ 143 SGG</u> statthafte, form- und fristgerecht einge- legte (<u>§ 151 Abs.1 SGG</u>) Berufung ist zulässig, aber unbegrýn- det. Die Klägerin hat keinen Anspruch auf bedarfsunabhängige Zulassung als Psychologische Psychotherapeutin am Sitz ihrer Praxis in V â∏

Nach § 95 Abs.10 SGB V (eingefügt durch § 2 Nr.11 des Gesetzes über die Berufe des Psychologischen Psychotherapeuten und des Kinder- und Jugendlichentherapeuten vom 16. Juni 1998, BGBI.I S.1311 â∏ PsychThG -), sind Psychologische Psychotherapeuten zur vertragspsychotherapeutischen Versorgung (bedarfsunabhängig) zuzulassen, wenn sie bis zum 31. Dezember 1998 die Vorausset- zungen der Approbation nach § 12 PsychThG sowie des Fachkundenachweises nach § 95c Nr.3 SGB V erfüllt und den Antrag auf Erteilung der Zulassung gestellt haben (Satz 1 Nr.1); darüber hinaus müssen sie bis zum 31. März 1999 die Approbationsurkunde vorgelegt haben (Satz 1 Nr.2) und in der Zeit vom 25. Juni 1994 bis 24. Juni 1997, dem sog. Zeitfenster, an der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung der Versicherten der GKV teilge- nommen haben (Satz 1 Nr.3 a.a.O.).

Die Voraussetzungen des § 95 Abs.1 Satz 1 Nrn.1 und 2 SGB V sind bei der KlĤgerin, die seit Dezember 1998 im Delegations- verfahren an der psychotherapeutischen Versorgung der GKV-Ver- sicherten teilnimmt, unstreitig erfüIlt. Es fehlt aber an der in § 95 Abs.10 Satz 1 Nr.3 SGB V für die bedarfsunabhĤngige Zu- lassung geforderten Teilnahme an der Versorgung der GKV-Versi- cherten im Fensterzeitraum vom 25. Juni 1994 bis 24. Juni 1997, denn die KlĤgerin hat damals nur kurzzeitig, nĤmlich von Sep- tember bis Dezember 1994 in eigener Praxis in V. Ver- sicherte der GKV zu Lasten ihrer Krankenkasse behandelt. BestÃx- tigt sind in diesem Zeitraum durch die DAK 25 Behandlungsstunden. Die KlĤgerin behauptet, sie habe in diesem Zeitraum 75 Stunden zurückgelegt. Der Beklagte hat bei seinem Bescheid diese Zahl zugrunde gelegt. Der Senat kann es dahingestellt lassen, ob es 25 Stunden oder 75 Stunden waren, denn auch mit 75 Stunden fehlt es an einer relevanten Teilnahme an der Versorgung der Versicherten der GKV im Sinne von § 95 Abs. 10 Satz 1 Nr. 3 SGB V. Nach der stĤndigen Rechtsprechung des BSG (grundlegend: SozR 3-2500 § 95 Nr.25) liegt eine relevante Teilnahme im Sinne dieser Bestimmung nur dann vor, wenn im Zeitfenster innerhalb eines halben bis eines ganzen Jahres wenigstens 250 Behandlungsstunden zurļckgelegt wurden. SpĤter wurde diese Rechtsprechung noch dahingehend prÄzzisiert, dass die 250 Stunden in einem halben Jahr erfļllt sein mýssten, so dass sich unter Zugrundelegung von 43 Arbeitswochen pro Jahr ein wA¶chentlicher Behandlungsumfang von 11,6 Stunden ergab, was bei gro̸zügiger Betrachtung und unter Berücksichtigung des Begleitaufwandes ungefĤhr der HĤlfte des zeitlichen Umfanges einer voll ausgelasteten psychotherapeutischen Praxis entspricht (BSG v. 11.09.2002, MedR 2003, S.359 ff). Dieser Behandlungsumfang im Zeitfenster wird von der KlĤgerin bei weitem nicht erreicht.

Die von KlAzgerseite vertretene Auffassung, wonach die Forderung nach einer

bestimmten Stundenzahl vom Begriff "teilgenommen" in § 95 Abs.10 S.1 Nr.3 SGB ✓ nicht gedeckt sei und ggf. eine ein- zige Stunde ausreiche, ist im Hinblick auf die o.g. BSG-Recht- sprechung nicht (mehr) haltbar. Seit dem Gesundheitsstrukturgesetz vom 21.12.1992 (BGBI.I.S.2266) unterliegt die Zulassung von VertragsĤrzten zur Behandlung von Versicherten der GKV der Bedarfsplanung. Das bedeutet, dass eine Zulassung nur in einem nicht überversorgten Planungsbereich möglich ist (§ 102 Abs.1 SGB V). In dieses System wurden auch die Psychologischen Psychotherapeuten einbezogen, denen mit dem PsychThG erstmals die MĶglichkeit eingerĤumt wurde, eine der Ĥrztlichen Zulassung entsprechende Zulassung zu erhalten, wodurch ihre Rechtsposition erheblich verbessert wurde (vgl. BVerfG, SozR § 95 Nr.24, S.103). Eine Ausnahme vom Grundsatz der bedarfsabhÄxngigen Zulassung sieht § 95 Abs.10 SGB V nur für die Psychotherapeuten vor, die bereits vor In-Kraft-Treten des Gesetzes in eigener Praxis im nennenswerten Umfang an der psychotherapeutischen Versorgung der Versicherten der GKV beteiligt waren und daraus ihren Lebensunterhalt überwiegend oder zumindest gleichwertig neben einem anderen Einkommen bestritten haben, und für die es eine unzumutbare HÃxrte wÃxre, wollte man sie auf eine Zulassung in einem anderen (nicht gesperrten) Zulassungsbezirk verweisen (vgl. BSG, SozR 3-2500 § 95 Nr.25 S.111 unter Hinweis auf BT-Drucksache 13/9212 S.40 und BVerfG a.a.O.). Die ̸bergangsvorschrift des <u>§ 95 Abs.10 SGB V</u> erfþllt demnach die Funktion einer HÃxrtefallregelung aus Gründen des Bestandsschutzes. Ein schützenswerter Bestand ist nach der Rechtsprechung des BSG (s.o.) erst bei einem Behandlungsumfang im Zeitfenster anzunehmen, der in etwa einer halbtÄxgigen BeschÄxftigung entspricht, also bei umgerechnet etwa 11,6 Stunden pro Woche bzw. 250 Stunden in einem halben Jahr innerhalb des Zeitfensters. Nur für den Fall der Neugründung einer Praxis kurz vor Ende des Zeitfensters lässt das BSG eine BehandlungstÄxtigkeit von unter 250 Stunden unter bestimmten UmstÄxnden als ausreichend gelten (SozR 3-2500 § 95 Nr.25, S.127). Diese Rechtsprechung ist im vorliegenden Fall jedoch nicht einschlägig, weil die Klägerin wäghrend des Zeitfensters nicht an dessen Ende, sondern nur ganz zu Anfang eine PraxistÃxtigkeit in V. ausgeübt hat. Daraus lÃxsst sich ein Bestandsschutz nicht mehr ableiten.

Ein Anspruch auf bedarfsunabhā¤ngige Zulassung in V. ergibt sich auch nicht aus der von Januar 1995 bis September 1997 (wā¤hrend des Zeitfensters) ausgeã¼bten Tā¤tigkeit als Psy- chologin im Anstellungsverhā¤ltnis in England. Bei der Anwendung des â§ 95 Abs.10 S.1 Nr.3 SGB V kommt es abgesehen von der (hier nicht einschlā¤gigen) Ausnahme des â§ 95 Abs.11b SGB V (dazu siehe unten) nicht darauf an, warum ggf. ein Bestandsschutz nicht aufgebaut wurde. Abgesehen davon liegt es auf der Hand, dass eine Tā¤tigkeit im Angestelltenverhā¤ltnis in England nicht den Bestandsschutz fā¼r eine Praxis in V. begrā¼nden kā¶nnte. Dabei spielt es keine Rolle, ob die abhā¤ngige Beschā¤ftigung im Inland oder im (EU-) Ausland ausgeā¼bt wurde. Auch wenn die Klā¤gerin die abhā¤ngige Tā¤tigkeit im Inland ausgeā¼bt hā¤tte, lieā□e sich ein Bestandsschutz fā¼r die Praxis in V. daraus nicht ableiten. Selbst eine selbstā¤ndige Praxistā¤tigkeit in einem anderen Zulassungsbezirk wā¤re dafā¼r nicht geeignet. Daraus folgt, dass es unerheblich ist, ob und in welchem Umfang die Klā¤gerin in England Patienten der dortigen

gesetzlichen Krankenversicherung bzw. des NHS versorgt hat, sodass die von Klägerseite beantragte Anfrage bei der British Psychological Society nicht geboten ist.

Die Gleichstellungsnormen des EuropĤischen Sozialrechts sind bei dem vorliegenden Sachverhalt nicht einschlĤgig. An dem von KlĤgerseite zitierten Beschluss des Senats vom 20.12.2000 (Az.: <u>L 12 B 376/99 KA ER</u> = MZS 2001, 612) kann im Hinblick auf den von der hĶchstrichterlichen Rechtsprechung zwischenzeitlich herausgearbeiteten reinen Bestandsschutzcharakter des $\frac{A}{N}$ 95 Abs.10 SGB V nicht festgehalten werden.

Eine Ausweitung des Besitzstandsschutzes ist nach § 95 Abs.11b SGB V aus verfassungsrechtlichen Gründen (Art.6 GG) nur für den Fall vorgesehen, dass während des Zeitfensters ein minderjähri- ges Kind unter drei Jahren erzogen wurde. Für diesen Fall wird das Zeitfenster um die darin liegende Zeit der Erziehung vorge- zogen. Auch aus dieser Bestimmung kann sich für die Klägerin schon deshalb nichts anderes ergeben, weil sie vor dem Zeitfenster keine Behandlungstätigkeit in eigener Praxis in V. durchgeführt hat.

Nach allem steht fest, dass die KlĤgerin keinen Anspruch auf bedarfsunabhĤngige Zulassung in V. hat. Die Berufung gegen das klageabweisende Urteil des Sozialgerichts München vom 11. Dezember 2002 war deshalb zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 197 SGG</u> i.V.m. <u>§ 154 Abs.1</u> Verwaltungsgerichtsordnung.

Gründe für die Zulassung der Revision liegen nicht vor.

Erstellt am: 22.10.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024